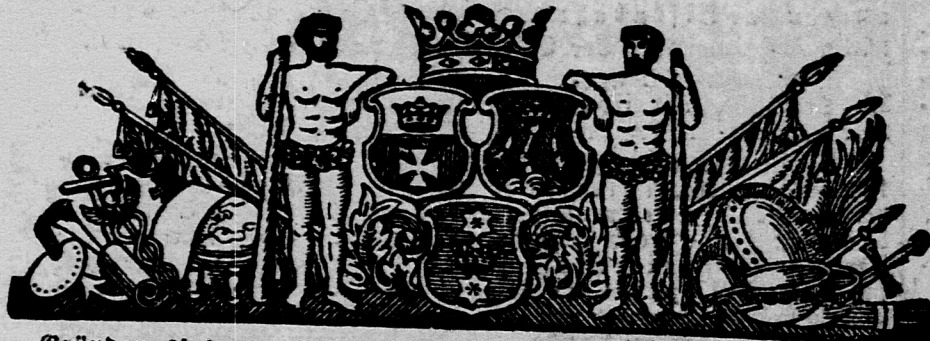


Königsberger Hartung'sche Zeitung.

Die Königsberger Hartung'sche Zeitung erscheint täglich zweimal, wöchentlich zwölfmal. Bezugspreis: Für Königsberg vierteljährlich 5,25 Mk., frei Haus 5,70 Mk.; monatlich 1,75 Mk., frei Haus 1,90 Mk. — Bei der Post: Vierteljährlich 6 Mk., monatlich 2 Mk. (ohne Bestellgeld).
 Feldpostbezug täglich unter Kreuzband: monatlich 2,50 Mk., vierteljährlich 7,50 Mk.
 Fernsprecher: Schriftleitung 1011, Geschäftsstelle 36, Buchdruckerei 3307, Hauptschriftleitung und Verlag 5.



Gründungsjahr der Hartung'schen Druckerei (weiland Reußner): 1640.

Anzeigen werden in der Geschäftsstelle Münchenhofstraße 2 und bei allen Anzeigenvermittlungen hier und auswärts entgegengenommen. Preis für die einseitige Kleinzeile oder deren Raum 50 Pfg., für Aufträge außerhalb Ostpreußens 60 Pfg. (Arbeitsmarkt und Wohnungsanzeigen 40 Pfg.) Vorzugsanzeigen 2,00 Mk. Belegblätter und Einzelblätter 10 Pfg.
 Postfach-Nummer: 141, Königsberg.
 Berliner Schriftleitung: Berlin, W. 57, In der Apostelstraße 7. (Litzow 6202/3.)

Von den „Friedensbedingungen“ des Raubverbandes.

Ausbeutung des Saar-Kohlenbeckens; 15jährige Besetzung des linken Rheinufer; 125 Milliarden Francs Entschädigung. Neue schwere Unruhen in München? — Das Verbrechen von Dresden. — Generalstreik und bürgerlicher Gegenstreik in Braunschweig.

Ein Clémenceau-Friede.

Wilson ist in Paris unterlegen. Statt des Wilson-Friedens soll uns ein französischer Friede aufgezwungen werden, dessen Text Herr Clémenceau, der glühende Hasser, redigiert hat. Man könnte die Mitteilungen der „Gobas“ für einen schlechten Aprilscherz halten, wenn sie nicht eben von dem offiziellen Telegraphenbureau ausgehen würden; man kann sich nicht einmal damit trösten, daß es sich lediglich um eine französische Propaganda, um einen Versuchsballon handelt, durch den man erproben möchte, welche Belastung die deutsche Geduld noch erträgt, da der offizielle „diplomatische Situationsbericht“, zum wenigsten in der Frage des Saarbeckens und der Kriegsentwicklungen, die Angaben der „Gobas“ bestätigt.

Man glaubt also, Deutschland im Ernst eine Kriegsentwädigung von 125 Milliarden Francs, d. i. etwa ein Drittel des deutschen Volkvermögens vor dem Kriege, (ohne Elsas-Lothringen) abfordern zu können. Der frühere Staatssekretär Dr. Helfferich hat mit vollem Recht eine solche Forderung als hellen Wahnsinn bezeichnet. Diese furchtbare Kriegslast, die Deutschlands Bevölkerung zu Arbeitsflaven der Feinde machen würde, hätten wir nicht einmal bei völlig intaktem Wirtschaftslieben auf uns nehmen können, da Verzinsung und Amortisation mehr als die Hälfte unserer jährlichen Erparnisse im Frieden verchlümpen hätten. Jetzt, nach verlorenem Kriege und bei völlig zerrüttem Wirtschaftslieben, wo — selbst wenn die Arbeit von allen, die heute streifen, und allen, die unfreiwillig streifen müssen, wieder aufgenommen wird — an Erparnisse nicht zu denken ist, da wir nicht einmal genug verdienen werden, um den notwendigen Lebensbedarf ungeschmälert zu erhalten, ist eine solche Forderung unerfüllbar.

Aber damit noch nicht genug. Frankreich will das Saarkohlenbecken annekieren und Deutschland damit auch noch des letzten Mittels berauben, unsere Wirtschaft wieder aufzubauen, nachdem man mit dem lothringischen Eisenrücken Deutschland bereits ein Drittel seiner Stahlfabrikation nahm. Man wehrt sich in Frankreich zwar gegen den obigen Ausdruck „annektieren“, es ist jedoch ein Hoß auf jedes Selbstbestimmungsrecht, wenn man das rein deutsche Saarbecken fünfzehn Jahre hindurch ausbeuten, seine Bevölkerung aller politischen Rechte berauben will, indem man ihm die Möglichkeit zum Reichstag und preußischen Landtag Volksvertreter zu wählen nimmt und erst nach fünfzehn Jahren eine Volksabstimmung zuläßt.

Auch die „Neutralisierung des linken Rheinufer“ — Bildung eines „neutralen Abschnittes in 50 Kilometer Breite auf dem rechten Rheinufer“, Besetzung der Rheinbrücken für 15 Jahre sind Bedingungen, die kein Volk ertragen kann. Man hat das Ultimatum Oesterreichs an Serbien, das eine Unterjochung des Nordbades von Sarajewo durch österreichische Beamte forderte, eine unerhörte Zumutung an die Souveränität des serbischen Staates genannt und die Verteidigung der Souveränität der serbischen Wortführer-Regierung war der äußere Anlaß des furchtbaren Krieges. Glaube man bei den Entente-Regierungen, daß Deutschland seine nationale Ehre geringer einschätzt als Serbien? Glaube man wirklich, unter solchen Bedingungen einen Völkervertrag zu erreichen? Man bestimmt über Deutschlands Grenzen, Deutschlands Verpflichtungen, Deutschlands Rechte, will Deutschland völlig entwaffnen und sagt dann höhnlich in bezug auf die Gebiete, die man fünfzehn Jahre unter militärischem Zwange behalten möchte: Im übrigen bleibt die Souveränität Deutschlands unangetastet.

Und wie uns Frankreich, das von der Kriegsentwädigung für sich etwa 70 Milliarden Francs beansprucht, finanziell, wirtschaftlich und militärisch knechten, und berauben will, so will uns der „Völkervertrag“, der zu einem schänden Zerbröckel des Wilsonschen Ideals geworden ist, knechten und berauben. Der Völkervertrag nach dem zweiten Pariser Entwurf, den wir in der gefrigen Abendnummer veröffentlichten, ist weiter nichts als eine Aktiengesellschaft zur Ausbeutung der Welt zugunsten der fünf Großmächte, die sich zu dieser Ausbeutung verbunden haben. Unsere Kolonien sind erst das erste Ausbeutungsojekt. Nur das erste, nicht das einzige. Andere Nationen, die wertvolle Besitztümer haben, werden diese später ebenso hergeben müssen wie Deutschland, wenn es der Entente gelingt, einen Frieden auf dieser Grundlage zu erreichen und den Völkervertrag nach dem Pariser Rezept zu schaffen. Wie wollen die Kleinen und schwachen Nationen sich wehren? „Gobas“ hat ja verraten, daß neben dem Völkervertrag noch ein Bund der fünf Großmächte existiert, der Frankreich seinen Raub noch besonders garantiert. Wilson hat den Vereinigten Staaten durch die Einfügung der Monroe-Doktrin schon die Herrschaft über Zentral- und Südamerika gesichert. Das war der Preis, um den er sich kaufen ließ. Und den anderen „Großmächten“ steht natürlich frei, aus ihrer ortsähnlichen Doktrinen, durch die andere Völker rechtlos werden, aufzustellen.

Einen „Wilsonfrieden“ und einen Völkervertrag, wie ihn als fata morgana der schlaue Panzer den kriegsmüden Europäern gezeigt hat, hätten wir annehmen können, einen Clémenceau-Frieden und den Völkervertrag zur Ausbeutung Kleiner und schwacher Nationen können und dürfen wir niemals annehmen. Wir haben nichts mehr zu verlieren und werden schließlich das Ende mit Schrecken dem Schrecken ohne Ende, dem langsame Hungerode vorziehen, dem

wir bei einem solchen Friedensschlusse wehrlos ausgeliefert sind. Mag sich der Völkervertrag in acht nehmen. Geht Deutschland unter, dann reißt es seine Reinger mit in den Abgrund.
 Dy.

Unannehmbare Friedensbedingungen.

W.B. Paris, 13. April. Nach dem diplomatischen Situationsbericht haben die vier Staatsleiter gestern Vormittag und Nachmittag getagt und zunächst die Frage des Saargebietes endgültig gelöst. Danach erhält Frankreich die Ausbeutung des Kohlenbeckens auf immer währende Zeit und das volle Eigentum an den Bergwerken. Die Landesverwaltung sollte ihm nach englischen Blättermeldungen auf fünfzehn Jahre übertragen werden und dann die Bevölkerung zur Abstimmung über ihre künftige Staatsangehörigkeit berufen werden, eine Lösung, die Wilson wegen der Achtung vor seinen Grundgesetzen gefordert hätte; diese Nachrichten werden für zutreffend gehalten, ausgenommen vielleicht die Dauer der Verwaltung durch Frankreich. In der Finanzfrage haben die Staatsleiter ein Uebereinkommen über die Höhe des Betrages erzielt, zu dessen Zahlung Deutschland sich im Rahmen des Friedens verpflichtet, zu dessen Zahlung Deutschland sich nicht unter 125 (!?) Milliarden Francs betragen und soll in Jahreszahlungen in Gold, fremden Werten, Rohstoffen oder Arbeit aus ausländische Klage beschafft werden; man hofft, daß Frankreich zur Wiederergänzung seiner Schätze drei Viertel davon erhalten könne. Ferner wird eine erste beträchtliche Zahlung als sofortige Abschlagszahlung geordert werden.

Das Ergebnis der jetzigen Uebereinkunft gilt, nach der „Agence Havas“, in Paris als wichtiges Zeichen für die glückliche Richtung der Beratungen und für den gleichwärtigen Wunsch der Alliierten, schnell zu bedeutungsvollen praktischen Entschlüssen zu kommen.

W.B. Paris, 14. April. Der von „Havas“ veröffentlichte Bericht über die diplomatische Lage wiederholt und ergänzt die Angaben über die Regelung der Saarfrage dahin, daß Frankreich das dauernde Eigentum an den Saarkohlenbergwerken haben wird und die französischen Gesetze dort maßgebend sein werden. Deutschland wird verantwortlich bleiben für alle bezüglich der Landesbewohner eingegangenen Verpflichtungen, soweit ihre Rechte nicht durch das französische Gesetz anerkannt werden.

Frankreich soll Polizeirechte ausüben, die Staatshoheit soll aber dem Völkervertrag zustehen, der die Verwaltung des Gebietes einer Art Direktorium von fünf Mitgliedern, nämlich einem Landesangehörigen, einem Franzosen und drei vom Völkervertrag zu Ernennenden, übertragen wird. Die Einwohner des Saargebietes werden alle politischen Rechte auf Wahlen zu den örtlichen Körperschaften behalten, aber keine Abgeordneten in das deutsche Reichsenden. Dieser Zustand soll fünfzehn Jahre dauern, nach deren Ablauf die Einwohner das Recht haben sollen, über ihre weiteren politischen Verhältnisse durch Volksabstimmung zu entscheiden. Falls sie den Willen äußern, unter der Verwaltung des Heimatlandes zu bleiben, wird Deutschland Frankreich die Bergwerke abkaufen müssen, welches jetzt deren volles Eigentum als Ersatz aller vom Feinde im nordfranzösischen Kohlengebiet ergriffenen Schäden erhält. Der durch Sachverständige festgestellte Preis soll in Gold oder gleichwertigen Werten erlegt werden. Die durchaus neuartige Regelung hat ihren Ursprung in der Anwendung der Grundzüge des Völkervertrages und entspricht einerseits den Grundzügen der Alliierten, insbesondere dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, man kann hier nämlich wirklich nicht von einem Grundbesitz der Annerktion reden, da die Bewohner des Saarbeckens ja die volle Freiheit haben werden, ihre Staatsangehörigkeit zu wählen, andererseits werden die materiellen Interessen Frankreichs auf diese Weise voll gesichert. Von dem gestern genannten Betragsbetrage von 125 Milliarden Francs werden 55 Prozent Frankreich zufallen, alles in Gold, Rohstoffen, Waren oder marktängigen Werten in Jahreszahlungen zahlbar, deren Mindestbetrag im Betrage festgelegt wird. Deutschland wird die Entschädigungen und Wiedergutmachungen nach den Anschlägen erstatten, denn es ist unmöglich angesichts der Preissteigerungen für Rohstoffe und Arbeitsleistung jetzt schon einen Pauschbetrag anzugeben. Schließlich werden die Pensionen der französischen Militärpersonen, welche jährlich vier Milliarden Francs erreichen, Deutschland zur Last fallen. Die Frankreich gegen einen neuen Angriff Deutschlands gewährten Sicherheiten waren von neuem Gegenstand von Erörterungen des Völkervertrages, der eine rasche Erledigung der Angelegenheit wünscht und daher am Sonntag nachmittag lange tagte. Der französische Standpunkt in dieser Hinsicht ist sehr einfach. In militärischer Hinsicht: das linke Rheinufer wird neutralisiert, Deutschland wird nicht das Recht haben, dort Truppen und Festungswerke zu unterhalten; mit einem Wort kein Mittel zu strategischem Vorgehen. In politischer Hinsicht bleibt die Souveränität Deutschlands unangetastet. Diese Art militärischer Servitut ist zeitlich nicht be-

grenzt. Die tatsächliche Besetzung der Rheinlinie wird, wie es scheint, ausschließlich durch französische Truppen gesichert, welche die Brückenköpfe und Eisenbahnknotenpunkte besetzt halten werden. Schließlich ist auf dem rechten Rheinufer die Bildung eines neuen militärischen neutralen Abschnittes in einer Breite von 50 Kilometer zu erwarten. Diese letzte Maßnahme ebenso wie die Besetzung der Rheinbrücken ist nur zeitweilig und wird nur fünfzehn Jahre dauern. Sie wird in Kraft bleiben während der Ausführung der den Deutschen auferlegten finanziellen Verpflichtungen. Unsere Truppen werden stufenweise entsprechend geleisteter Zahlungen zurückgezogen. Der Vertrag wird noch die Möglichkeit geben, die Einschränkung der deutschen Rüstungen und die Begrenzung des Kriegsmaterials zu kontrollieren. Alles dieses wird nicht nur durch die Liga der Nationen, sondern durch Bündnisse zwischen den Großmächten gewährleistet. Mit einem Wort: Der Einbruch ist durchaus günstig. Es scheint, daß kaum noch Verzögerungen eintreten. Die Westgrenze Deutschlands und die Linienführung der Ostgrenzen ist geregelt, einschließlich der Danziger Frage, wofür die Entschädigung prinzipiell schon festgelegt ist. Die Frage der Entschädigungen ist in den Grundzügen schon gelöst. Die reaktionelle Jassung schreitet fort. In jeder Hinsicht hofft man, diese Woche mit den Fragen, die Deutschland angehen, abzuschließen.

Frankreich braucht die Entschädigungen.

W.B. Paris, 14. April. („Havas“). Der Präsident der Budgetkommission Raoul Peret legt im „Matin“ dar, warum Frankreich so sehr auf eine Entschädigung angewiesen ist. Er sagt: Die gegenwärtigen Budgetentwürfe übersteigen neun Milliarden, während das Einkommen des französischen Vermögens 1914 auf dreißig Milliarden geschätzt wurde. Wenn Deutschland und seine Verbündeten die Schäden gutmachen und die Pensionen bezahlen, wird das französische Budget um acht Milliarden erleichtert.

Dr. Helfferich gegen die feindlichen Entschädigungsforderungen.

W.B. Wien, 14. April. Der ehemalige Staatssekretär Helfferich äußerte zu dem Berliner Vertreter des „Neuen Wiener Tagblattes“ über Deutschlands finanzielle und wirtschaftliche Lage und die Frage der Kriegsentwädigung u. a.: Die Forderungen der Entente sind heller Wahnsinn. Wir sind schlichterding nicht in der Lage, größere Summen oder Werte als Entschädigungen an das Ausland abzuführen. Von unserem von mir vor dem Kriege auf 20 Milliarden geschätzten Besitz an Auslandswerten sind nicht weniger als vier Fünftel durch unsere Kriegseinfälle aufgebraucht. Dazu kommt die Entwertung unserer überseischen Besitzes durch den Handelskrieg der Entente. Wir sind also durch den Krieg aus einem Gläubigerlande zu einem Schuldnerlande geworden. Zur Wiederherstellung unserer Gütererzeugung in Deutschland sind wir zudem auf ausländischen Kredit angewiesen. Wozum sollen wir also die enorme Entschädigung bezahlen? Es ist eine Unmöglichkeit, daß ein Volk auch nur ein Fünftel seines Volkvermögens einem fremden Volke überträgt. Das hat es in der ganzen Geschichte noch nicht gegeben. Die fünf Milliarden Francs, die Frankreich 1871 auferlegt worden sind, haben nur 2 1/2 v. H. des damaligen französischen Volkvermögens ausgemacht. Heute aber Deutschland alle Entschädigungen des Weltkrieges auferlegen heißt nichts anderes, als die Deutschen zu Arbeitsflaven für die westlichen Völker machen. Wir können nur mit Werten zahlen, aber es wird uns schon sehr schwer fallen, im Laufe der Jahre wieder dahin zu kommen, daß wir unsere unentbehrliche Einuhr und die Binsen für die Auslandsverehrung mit der industriellen Arbeit unserer Bevölkerung bezahlen können.

Heftige Kämpfe um den Münchener Hauptbahnhof.

W.B. Augsburg, 14. April. Der Schnellzug D 40 nach München ging gestern abend statt um 10 Uhr erst um 11 1/2 Uhr ab und wurde nur bis Pasing abgefertigt, weil um diese Zeit im Münchener Bahnhof heftige Kämpfe stattfanden. Es wurden Raketen geworfen und das Durchgehen des Raubzuges war so groß, daß Freund und Feind sich nicht mehr anstehten. 60 Verwundete wurden gezählt. Das Innere des Bahnhofgebäudes ist demoliert und unerschütterbar. Heute ist der Verkehr nach München mit Schwierigkeiten verbunden. Die Hise werden abgefertigt, erreichen im günstigsten Falle aber nur Pasing. Es kommen jedoch keine Züge von München hier an. Die Strecke nach Neu-Ulm ist wieder frei. Bis heute war weder eine telephonische noch telegraphische Verbindung mit München zu erhalten. Es gehen Gerüchte über schwere Unruhen durch die Stadt. Stadtkommandant Gelmann hat sich mit der Augsburger Delegation heute früh um 9 30 Uhr mit Sonderzug nach Bamberg begeben, um der Regierung Hoffmann über das Resultat der gestrigen Versammlung Mitteilung zu machen.

B. D. Berlin, 14. April. In München hat die besorgte Aufsichtung der radikalen Elemente gegen die Wiederherstellung der alten Regierung in dieser Nacht eingeleitet. Strahlende Teile der Münchener Garnison griffen den Hauptbahnhof an, der von ihren regierungstreuen Kameraden zunächst noch gehalten wurde. Die Pasinger Besatzung aber zog sich zurück, als die Spezialkräfte den Bahnhof mit schweren Waffen besetzten. Gegenwärtig ist der Hauptbahnhof von Roten Gardisten besetzt, welche aus der Nähe